



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Beschäftigten im Gesundheitswesen *April 2019*



🐻 **Die Europäische Union bietet derzeit ein Bild des Chaos und der Krise. Dennoch sind viele politische Akteure bemüht, vermeintlich positive Seiten der Europäischen Union (EU) hervorzuheben. Das ist nur natürlich, denn am 26. Mai sind die Wahlen zum Europäischen Parlament. An diesem Datum wird vermeintlich über das Schicksal der EU entschieden. Ist das so?**

Aus den Zielen, die die Menschen der Nachkriegsgeneration mit der „Europäischen Einigung“ verbunden haben wie Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, ist bisher nicht viel geworden. Heute – fast 75 Jahre später – haben wir mit der Europäischen

Union ein Wirtschaftsbündnis mit Deutschland und Frankreich im Kern, das schon die EU in ein Kerneuropa der Eurozone und den „Rest“ gespalten hat. Innerhalb der Eurozone hängen die schwächeren Länder am Tropf. Auch der Frieden in Europa hat seit dem Beginn der 1990er Jahre gelitten: Als Beispiele seien hier nur die Jugoslawienkriege oder aktuell die Ukraine zu nennen.

Hauptziel der EU ist die Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik und geregelt wird es so, dass es für die Banken und Konzerne gut läuft. Was deren Entwicklung stört, wird beseitigt. Deregulierung, also Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, ist das

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



ABRECHNUNGSCHAOS BEI DER CHARITE

Wie die Berliner Morgenpost am 13. März 2019 schrieb, habe die Charite Hunderte von Rechnungen unter falschen Institutsnamen abgerechnet und ist damit in den Fokus von Wissenschafts-Staatssekretär Steffen Krach (SPD) geraten, der die Innenrevision in Marsch setzte.

Zudem beanstandeten laut Klinikdirektorin Lurati der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) in den vergangenen fünf Jahren circa 26 Prozent aller Rechnungen. Mehr als 100 Millionen Euro behielten die Kassen laut Medien ein, weil die Charité sie mit fehlerhaften Rechnungen eingefordert hatte.

Angesichts der Tatsache, dass die Beschäftigten der Charite, und insbesondere die der Tochtergesellschaften, um jeden Cent hart kämpfen müssen, ist es mehr als skandalös, dass durch falsche Rechnungsstellung Geld verloren geht und der Verdacht von Unregelmäßigkeiten aufkommt.

TARIFABSCHLUSS MIT DEN BUNDESLÄNDERN

Die Gewerkschaften ver.di, GEW, IG BAU, GdP und der Beamtenbund haben sich mit den „Arbeitgebern“ der Länder am 2. März über einen Tarifabschluss geeinigt. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte bis zuletzt kein eigenes Angebot vorlegt.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Anhebung der Tabellenentgelte in drei Schritten um 3,2 Prozent (1.1.2019), 3,2 Prozent (1.1.2020) und 1,4 Prozent (1.1.2021). Bis zum 1.1.2021 mindestens um insgesamt 240 Euro (Laufzeit 33 Monate)
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte in zwei Schritten um 50 Euro (1.1.2019) und 50 Euro (1.1.2020)
- Erhöhung der Pflegeentgelte um zusätzlich 120 Euro
- Erhöhung der Angleichungszulage für Lehrkräfte um 75 auf 105 Euro

Die „Arbeitgeber“ hatten insbesondere bei der Eingruppierung versucht, Verschlechterungen zu erreichen. Dies konnte abgewehrt werden. Der Abschluss bringt einen Gehaltssprung von mehreren hundert Euro für Pflegekräfte und deutliche Verbesserungen für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte an Schulen sowie für Polizei und Rettungskräfte.

„Das ist das beste Ergebnis seit vielen Jahren und ein guter Tag für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, sagte Verhandlungsführer und Vorsitzender des Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske. Sicher ist es eines der besten Ergebnisse im Bereich der Länder, Wehmutstropfen bleibt die lange Laufzeit.

HAUPTZIEL DER EU IST DIE VEREINHEITLICHUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK UND GEREGELT WIRD ES SO, DASS ES FÜR DIE BANKEN UND KONZERNE GUT LÄUFT.

» Fortsetzung von Seite 1

Dogma der Wirtschaftspolitik. In der Folge wird alles dem Markt unterworfen, was Gewinne verspricht. Im herrschenden Verständnis der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen bedeutet dies eine Angleichung nach unten. Dies geschieht durch den Abbau der bestehenden Regeln in Bereichen wie Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz, den ständigen Kürzungsdruck durch die Verschuldungsregeln des Maastricht-Vertrages und die Verhinderung gestaltender Eingriffe in den Markt zur Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen mittels des Beihilfeverbots. Die Statuten der EZB und die fehlende demokratische Kontrolle verhindern, dass die Geldpolitik zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit genutzt wird. In diesem Rahmen sind keine Spielräume für eine Politik sozialer Gerechtigkeit.

Gesundheit als Ware?

Das ist doch krank!

Gerade im Gesundheitsbereich ist ein großer Markt aufgemacht worden und alles rund um die Gesundheit zur Ware erklärt worden. Konzerne kaufen Krankenhäuser und gestalten diese nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben, in denen letztlich der Mensch wie ein Werkstück in der Produktion behandelt wird und der Beschäftigte als unnützer Kostenfaktor. Problem ist nur, dass er nicht rund um die Uhr eingesetzt werden kann. Mit der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ wird der Druck auf die Tariflöhne ausgeübt und via der EU wird es den Kommunen faktisch verboten zu finanzieren. Gesundheit als reine Ware!

Das Schicksal der EU wird nicht über die Wahlen entschieden. Das macht die EU Politik von selbst. Dennoch sollte man die Wahl nicht denen

überlassen, die die Interessen von Beschäftigten nicht im Fokus haben. Auch erst recht nicht den so genannten „Rechtspopulisten“, deren Forderungen in der Konsequenz nur noch mehr aus den arbeitenden Menschen herauspressen und die für soziale Politik nichts übrig haben.

Die DKP ist gegen die EU und wird ihr Engagement konsequent für die Erwerbstätigen einsetzen. Daher am 26. Mai – Kommunisten wählen!



AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@d kp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion

VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN

- Zum Kampf für Personalbemessung

⚡ **Die Gewerkschaft ver.di hat schon lange auf die katastrophalen Bedingungen in den Krankenhäusern hingewiesen: Über 160 000 Vollzeitstellen fehlen, davon allein 70000 in der Pflege. In der Nacht arbeitet auf rund 56 Prozent aller Stationen nur eine Fachkraft. Die Beschäftigten schieben 37,5 Mio. Überstunden vor sich her.**

Die Ursachen für diese Situation haben Namen: DRG und Privatisierung. Die DRGs, sogenannte diagnosebezogene Fallgruppen beziehungsweise Fallpauschalen, sind die Grundlage für die Abrechnung mit Krankenkassen und letztlich ein Klassifikationssystem für eine fallbasierte pauschalierte Abrechnung. Zudem kommt, dass wegen Unterfinanzierung von Krankenhäusern, verstärkt durch die Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen – beispielhaft durch die Pharma- und Geräteindustrie und nicht zuletzt durch das Instrument der Schuldenbremse – viele staatliche Krankenhäuser verkauft wurden.

Die politisch gewollte und geförderte Ökonomisierung von Krankenhausleistungen hat Folgen, sowohl für die Patientinnen als auch für die Beschäftigten, mithin für weite Teile der Arbeiterklasse. Patientinnen werden Mittel zum Zweck; überspitzt ausgedrückt: Der Mensch wird zum bloßen Objekt, zur Ware. Nicht der medizinisch notwendige Bedarf steht im Vordergrund, sondern das Ziel,

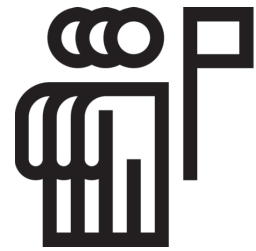
Kosten zu reduzieren beziehungsweise Profite zu erzielen.

Für die Beschäftigten kann eine enorme Arbeitsverdichtung festgestellt werden. Mit weniger Personal müssen mehr Patienten bei kürzerer Verweildauer gepflegt und betreut werden. Durch die Kommerzialisierung wird das Krankenhaus zur Fabrik, in der Arbeitsprozesse zerlegt werden und die Arbeit am und mit dem Menschen mehr und mehr einer Fließbandarbeit gleicht.

Dieses haben auch die Kolleginnen und Kollegen in einigen Krankenhäusern erkannt und für eine bessere Personalbemessung gestreikt und diese auch durchgesetzt. Doch dabei darf es nicht bleiben, alle Krankenhäuser müssen die gleichen Bedingungen haben. Daher haben sich in einigen Bundesländern Initiativen für Volksbegehren gebildet, die wir als DKP unterstützen. Ihr Ziel ist eine gesetzliche Personalbemessung. Denn nur wenn ausreichend Personal vorhanden ist, ist die erforderliche Qualität in der Pflege gesichert. Beides, also betriebliche Kämpfe und Volksbegehren, können sich gegenseitig stärken. (...)

Den Kampf der Beschäftigten, aber auch den der Initiativen zu unterstützen, ist für uns als DKP daher eine unserer vordringlichsten Aufgaben.

(Quelle: Kommentar von Olaf Harms, Zeitung „Unsere Zeit“, Ausgabe vom 1. März 2019)



**MAIAUFRUF DES DGB –
EUROPA.
JETZT ABER RICHTIG!**

Ganz im Zeichen der Wahlen zum EU-Parlament stellt der DGB den diesjährigen Maiaufruf. Obwohl der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Mitgliedsgewerkschaften eher vermeintliche Vorteile der EU hervorheben, wird in dem Aufruf die Schlagseite deutlich:

Trotzdem erleben immer mehr Menschen, dass in der EU die Interessen der Märkte oft Vorrang haben vor sozialen Belangen. Und das, obwohl heute mehr denn je gilt: Nur eine gemeinsame und solidarische Politik für ganz Europa bringt uns weiter.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb: Europa. Jetzt aber richtig! Für uns heißt das: Dem Bekenntnis, Europa sozialer zu machen, müssen jetzt auch Taten folgen.

Der DGB fordert daher u.a., den Menschen in den Mittelpunkt der europäischen Politik zu stellen, mahnt soziale Standards an und stellt sich gegen Intoleranz, Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus.

Die Demonstration beginnt um 10 Uhr, am Hackeschen Markt.



ÄRMERE STERBEN FRÜHER

Die mittlere Lebenserwartung bei der Geburt dient als wichtiges Kriterium zur Beschreibung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. In Deutschland lebende Frauen erreichen inzwischen eine mittlere Lebenserwartung von 83,2 Jahren und Männer von 78,4 Jahren. Die Menschen werden hierzulande also immer älter. Allerdings gilt dieser positive Trend nicht für alle Einkommensgruppen. Bei Frauen beträgt der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe 4,4 Jahre und bei Männern sind es gar 8,6 Jahre. Ärmere Menschen sterben also im reichen Deutschland deutlich früher und der Trend zeigt, dass sich die Unterschiede in der Lebenserwartung, die sich aufs Einkommen beziehen, in den letzten 25 Jahren kaum verändert haben. Teilweise sind sie sogar noch größer geworden. Zu diesen Ergebnissen kamen Forscher des Robert-Koch-Instituts.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



UND WAS IST MIT DEM PERSONAL?

🐾 **Laut dem Tagesspiegel vom 22.3.2019 hat das US-Magazin „Newsweek“ die Charite zu Europas bestem Krankenhaus gewählt. Zugleich feierte die Charite einen Rekord von Drittmittelannahmen in Höhe von 170 Millionen Euro – auch bundesweit ein Spitzenwert. Sind das auch gute Nachrichten für die Beschäftigten? Was ist mit dem Personal?**

Befristungen en masse

2077 der 2812 an der Charite beschäftigten Ärzte sind nur befristet angestellt, davon 83 sachgrundlos. Das geht aus einer Antwort auf eine Anfrage von Catherina Pieroth, Gesundheitspolitikerin der Grünen-Fraktion, hervor. Dieser Befristungs-Anteil von 75% ist im Vergleich mit anderen Kliniken oder anderen landeseigenen Bereichen äußerst hoch. Ende 2017 hatte das Abgeordnetenhaus eigentlich beschlossen, dass zumindest grundsätzlich auf sachgrundlose Befristungen verzichtet werden soll. Aber auch bei den CPPZ-Therapeuten wird jedoch teilweise befristet eingestellt. Befristungen machen aus normalen Arbeitnehmern prekär Beschäftigte. Wie soll man so sein Leben planen und gestalten, wie sich um die Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen kümmern können? Hier ist dringend eine Umkehr bei der Charite angesagt. Ansonsten muss man sich zudem auch nicht über Fachkräftemangel wundern.

Tochterfirmen

Nach einem Beschluss des Abgeordnetenhauses sollten die Tochterfirmen der Charite wieder eingegliedert werden. Die teilprivatisierte Tochterfirma CFM wurde zurückgekauft, die CPPZ wurde aber nicht eingegliedert und ist weiterhin tariflos. Daher streiken die Kollegen immer wieder. „Die Charité weigert sich, den politischen Willen ihres Eigentümers – des Landes Berlin – umzusetzen: gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen“, so ver.di-Verhandlungsführer Kalle Kunkel gegenüber der Presse. Die 170 CPPZ-Mitarbeiter verdienen zwischen 400 und 800 Euro weniger als die Stammbeslegschaft der Charite mit TVöD. Ebenso sollte auch Ende März vor der Charité-Aufsichtsrats-sitzung demonstriert werden. Chef des Aufsichtsrates ist Dieter Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin und damit doppelt verantwortlich.

Die beschäftigtenfeindliche Personalpolitik der Charite mag sicher auch dem jahrelangen verordneten Sparkurs des Senates zurückzuführen sein. Hier ist bei der Charite eine rigoroses Umdenken von Nöten. Und der Senat muss sich fragen lassen, wie lange er zusehen will, dass die Charite Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ignoriert.

Verständnis und Mitleidsbekundungen allein von Seiten der Politik helfen den Beschäftigten nicht – hier ist das Handeln des Senats gefragt.